

Allein selbst dieser Farbenwechsel scheint mir noch keine hinlängliche Bürgschaft für eine längere Zukunft des *Courrier français*, denn die conservativere Partei ist ihrerseits ebenfals genügsamer Natur und kann sich vollkommen mit den drei Organen *Journal des Débats*, *Presse*, *Globe* (vom 1. Oct. an *Époque*) begnügen. Der bisherige Redacteur und Chef des *Courrier français*, Hr. Barault, ist bereits vorgestern von der Leitung des Blattes zurückgetreten, bei welcher Gelegenheit mehre Blätter, vor allen die *Démocratie pacifique*, ihr Bedauern über den Rücktritt dieses tüchtigen Publicisten ausgesprochen. Man beklagt zuvörderst, daß der *Courrier*, der unter der Leitung des Hrn. Barault eine von den drei Matadore, die sich seit 15 Jahren um die Regierung stritten oder darein getheilt haben, unabhängige Stellung behauptet hatte, jetzt ein Parteiblatt werden werde. Wir würden vollkommen diesem Bedauern beistimmen, wenn nicht allzu oft an der Stelle der Parteiinteressen im *Courrier français* ein persönliches, das seines Redacteurs en Chef, hervorgetreten wäre. Hr. Barault hielt sich herauf, im Orient ein Consulat zu bekleiden, und gab Hrn. Guizot das Bewußtsein dieses Berufs zu erkennen; da jedoch der Minister des Aeußern hierüber anderer Ansicht war, unterhielt der *Courrier* gegen das Cabinet und besonders gegen Hrn. Guizot einen heftigen und maßlosen Kampf.

Man bedauert ferner, daß durch seinen Rücktritt die Tagespresse ein Organ der socialistischen Schule, welcher Hr. Barault, ehemaliger St.-Simonist, angehört, verliere; diesen Rednern würden wir ohne Rückhalt beistimmen, hätte der *Courrier français* die Angelegenheit der Zimmerleute nicht ungefähr mit demselben Parteihaffe gegen die Regierung behandelt als der übrige Theil der demokratischen Presse. Dieses Blatt beurtheilte den Zwist und den Proceß dieser Arbeiter nicht nach den bestehenden Gesetzen, sondern nach Gesetzen, denen seine socialistischen Principien zu Grunde lagen, wodurch es nothwendigerweise zu den verkehrtesten Schlüssen und Folgerungen gelangte.

Seit mehren Jahren lehren in periodischer Reihe die Reibungen zwischen den Schülern des polytechnischen Instituts und der Regierung wieder. Hr. Arago hat das Verdienst, den Grund zu diesem Zwiste gelegt zu haben. Die jungen Leute, die ihrer Natur nach nicht zum unbedingten Gehorsam geneigt sind und sich daher gern gegen die strenge militairische Zucht in der polytechnischen Schule auflehnen, fanden stets, so oft sie eine solche Lust anwandte, einen milden Richter ihres Verfahrens und einen noch wärmern Beschützer desselben an dem genannten Astronomen, der bekanntlich den Lauf der Sterne mit derselben Sorgfalt als den der politischen Ereignisse in und außerhalb Frankreich verfolgt. Um den verderblichen Einfluß des radicalen Gelehrten zu entfernen, erließ die Regierung im vorigen Jahr eine Ordonnanz hinsichtlich der Examinatoren, die zwar vollkommen gesetzlich, aber mit Dem, was bisher in dieser Beziehung Gebrauch und Sitte war, nicht ganz im Einklange stand. Diese Ordonnanz bezweckte, Hrn. Arago jeden Einfluß auf die Anstalt zu entziehen, indem sie der Akademie der gelehrten Wissenschaften, die Hr. Arago despotisch beherrscht, das Recht nahm, die Examinatoren für die polytechnische Schule zu ernennen. Auf Anstiften des Lehrern verweigerten die Schüler in Masse, sich den Prüfungen zu unterwerfen, was die Regierung veranlaßte, die Schule aufzulösen. Einige Monate darauf wurde die Anstalt wieder organisiert, sämtliche Zöglinge mit Ausnahme von vieren zu den Prüfungen zugelassen, jedoch mit dem Verlust eines Schuljahrs bestraft. Der Marschall Kriegsminister, unter dessen Befehlen die Anstalt steht, scheint ihnen ihren vorjährigen Fehltritt noch nicht vergessen zu haben und ihnen eine neue Buße vorzubehalten. Zu diesem Zwecke wurde ihnen, wie behauptet wird, dieser Tage eröffnet, die Regierung könne nur über 163 Stellen für die 213 austretenden Zöglinge verfügen, sodas 50 noch nachträglich mit einem mehr oder minder langen Verlust einer Stelle in der Verwaltung oder in der Artillerie ihren verjährten Fehler zu büßen hätten. Die Regierung ist allerdings keine formelle Verpflichtung gegen die Zöglinge, sie anzustellen, eingegangen; allein seit fünfzig Jahren haben alle nach überstandenen guten Prüfungen austretende Schüler sogleich Stellen im Staatsdienste gefunden; ein fünfzigjähriger Gebrauch kommt einer stillschweigend eingegangenen Verpflichtung sehr nahe; die Maßregel, die fünfzig Zöglingen nach den überstandenen Mühen und den nicht geringen Kosten ihrer Erziehung die mit Recht erwarteten Stellen entzöge, könnte daher einer scharfen Rüge nicht entgehen, und dies um so weniger, als man darin nicht etwa eine gerechte Strenge, sondern eine nachträgliche Rache sehen müßte.

Niederlande.

In **Herzogenbusch** fand am 25. Aug. das nationale Schützenfest mit Entwicklung vieler Pracht und ziemlich rauschend statt. Zwanzig Gesellschaften von Handbogenschützen aus den Städten nah und fern nahmen an dem eigentlichen Wettkampfe Theil, in dem fünf Preise gewonnen wurden.

Schweiz.

Der Regierungsrath von **Bern** hat in seiner Sitzung am 1. Sept., welche von Morgens 9 bis 1 Uhr und Nachmittags von 4 bis 6½ Uhr dauerte, einen Bericht des diplomatischen Departements über den gegenwärtigen politischen Zustand des Cantons berathen, in Folge dessen das nachstehende Schreiben an den Landammann erlassen worden ist:

„Der Regierungsrath sieht sich andurch veranlaßt, nach der ihm durch den Art. 57 der Verfassung eingeräumten Befugniß eine außerordentliche Versammlung des großen Raths zu verlangen, und richtet demnach an Sie das höfliche Ansuchen, den großen Rath außerordentlicher Weise und bei Eiden auf Mittwoch den 10. Herbstmonat nächstkünftig, zur Anhörung eines Berichts über die dormalige politische Lage des Landes und zu Berathung etwaniger damit in Verbindung stehender Anträge einzuberufen.“

Dänemark.

Auf dem **isländischen Althing** ist es von verschiedenen Seiten in Anregung gekommen, ob nicht dasselbe bei offenen Thüren zu halten sei, da auch das uralte öffentlich stattgefunden. Candidat Sigurdsson meinte, es sei dies der ganzen Nation bestimmter Wille, und er könne außerdem nicht anders vermuthen, als daß es auch der Wille der Regierung unter der Voraussetzung sein werde, daß dabei vom Thing gebührende Ordnung behauptet werde. Es spreche die Nothwendigkeit dafür dort mehr als in Dänemark, weil die Althingszeitung dort mit den Verhandlungen nicht so à jour (sic! die Isländer brauchen auch Französisch!) sein könne. Ueberdies sei es ein Recht, das die Isländer früher genossen. Nach der Antwort, welche erst der Präsident und dann ausführlich der königl. Commissar gab, wird wol diesmal aus der Oeffentlichkeit der Verhandlungen noch nichts werden, den Antragstellern aber unbenommen sein, deshalb in Gemäßheit der Geschäftsordnung eine förmliche Petition zur Discussion zu bringen. Der königl. Commissar hob noch besonders heraus, daß hierin, wie die Sache jetzt stehe, nicht der angenommene „Wille der ganzen Nation“, sondern nur des souverainen Königs Wille (der den Isländern das Althing geschenkt) in Betracht kommen könne. Eine große Anzahl Petitionen, ihrer 43, waren bis zum Schlusse der sechsten Sitzung schon vorgelegt; darunter eine von isländischen Candidaten und Studenten in Kopenhagen um Handelsfreiheit, unterstützt durch 26 andere, und zählten diese 27 zusammen 2253 Unterschriften. (B. S.)

Ostindien und China.

Nach der *United Service Gazette* versammelt sich das britisch-ostindische Heer im December am Sutledsch, wohin sich auch Sir Henry Hardinge begibt; doch hofft man die Sikhs in Güte zur Ruhe zu bringen.

Der Kaiser von China Taon-Kwang wurde früher mehrmals todt gemeldet. Er lebt noch; aber einer kurzen Notiz in den indischen Blättern zufolge, wenn sie anders Glauben verdient, enthielt die *Pekingers Staatszeitung* vor einigen Monaten die Anzeige, daß der Kaiser die Beschwerden des Alters zu fühlen anfange. Schon im vorigen Sommer wollte der Kaiser sein Scepter an seinen einzigen Sohn übertragen, aber dieser Plan scheiterte an Intriguen. Sofort hat sich der Kaiser einen zahlreichen Staatsrath zugezogen, um ihn beim Regieren zu unterstützen.

Central-Amerika.

Berichten aus **San Salvador** zufolge, welche bis zum 27. Mai reichen, befinden sich zwar die Staaten San Salvador und Honduras noch in offener Fehde, indessen herrscht doch im Allgemeinen, für den Augenblick wenigstens, in den einzelnen Staaten Centralamerikas und in ihren Beziehungen zu einander ein lange nicht dagewesener Zustand der Ruhe und des Friedens, und man ist daher mit Eifer beschäftigt, diese Gelegenheit zur Reorganisation des Staatenbundes von Centralamerika und zur Wiedereinführung einer Centralgewalt zu benutzen, deren Nothwendigkeit immer mehr hervortritt. Zu dem Behufe haben Guatemala und Salvador am 4. April d. J. einen Freundschafts- und Allianztractat mit einander geschlossen und sind übereingekommen, Deputirte zu einem Nationalconvent abzuordnen, der am 30. Aug. in Sonsonate eröffnet werden soll, und zu dessen Bescheidung die übrigen Staaten Centralamerikas, nämlich Nicaragua, Costarica und Honduras, eingeladen werden sollen. Auf diesem Convente würde man sich dann über die Reorganisation des Staatenbundes zu einigen suchen. Costarica und Nicaragua haben sich bereits dem Plane günstig geäußert, und was Honduras betrifft, so glaubt man, daß es sich jedenfalls der Gewalt der Umstände fügen werde. Die Nothwendigkeit einer kräftigen Centralgewalt ergibt sich besonders aus den Verhältnissen Centralamerikas zum Auslande. Einestheils nämlich verhindert der Mangel einer solchen Centralgewalt jede Anknüpfung diplomatischer Beziehungen, wie denn z. B. England und Frankreich Hrn. Castillon als Geschäftsträger von Nicaragua und Honduras, Spanien Hrn. Castriiones als Generalkonsul von Guatemala nicht hat anerkennen wollen; andertheils wird nur eine solche Centralgewalt den Reclamationen der einzelnen Staaten wegen mehrfacher Uebergriffe des Auslandes einigen Nachdruck geben können. Zu diesen Uebergriffen zählt ein am 15. Mai an den Congreß von San Salvador erstatteter Bericht des Ministers Dueñas die Befegung von Blensfields in Nicaragua durch die Engländer, von Soconugo in Guatemala durch Mexico und von Boraton in Costarica durch Neugranada.

Personalnachrichten.

Orden. Preussen. Rother Adlerorden 4. Kl.: der katholische Schulinspector und Domherr Dr. Broix in Köln; der Stadtrath Fröhlich in Köln; der Beigeordnete des Oberbürgermeisteramts Gerhardt in Bonn; der Major von der 8. Gendarmenbrigade Holzhausen; der Generalsecretair des Landwirthschaftlichen Vereins v. Koorden in Bonn; der Regierungsrath und Oberbürgermeister Dypenhof in Bonn; der Beigeordnete der Oberbürgermeisterei Justizrath Schenk in Köln; der Regierungsrath Simon in Köln; der Kaufmann Wohl in Köln; der Landrath Frhr. v. Borst-Sudena in Grevenbroich; der Regierungs- und Baurath Zwierner in Köln.

Todesfälle. Der Barnabit Vater Ungarelli starb am 22. Aug. in Rom.

Wissenschaft und Kunst.

* Frankfurt a. M., 5. Sept. Fräulein Jenny Lind sang vor einigen Tagen in Homburg vor der Höhe in einem Concert, welches die dortigen Spielbankpächter zur Unterhaltung der Gurgäste und ihrer sonstigen Besucher veranstaltet hatten. Es hatte dies hier einiges Aufsehen gemacht. Wie es je-